

Ohne Glyphosat kommen alte Probleme hoch

von Dr. Angela Werner (/news/authors/?id=7)
Freitag, 06. September 2019

agrarteilung

Das Aus für Glyphosat ist beschlossen. Damit erfüllt die Politik die Ansprüche der Gesellschaft. Das Nachsehen haben die Landwirte. Sie müssen im Anbau mit höherem Aufwand und Kosten klarkommen.

Das Verbot für Glyphosat, das in der EU noch bis Ende 2022 zugelassen ist, wird in Deutschland nach einer Aufbrauchfrist Ende 2023 greifen. Doch schon ab 2020 soll immer weniger dieses Breitbandherbizids eingesetzt werden dürfen. Mittelfristig fällt für Landwirte ein günstiges und zugleich effektives Betriebsmittel weg. Schwierige Unkräuter können dann nicht mehr ausreichend bekämpft werden. So gibt es beispielsweise gegen Verunkrautung mit Quecke vor der Aussaat keine Alternative zu Glyphosat. Die Folge: Mehrere selektive Herbizide müssen eingesetzt werden statt einem Breitbandherbizid. Das könnte den Aufwand im chemischen Pflanzenschutz sogar noch erhöhen statt senken. Außerdem werden Landwirte die mechanische Unkrautbekämpfung intensivieren.

Wegfall hat negative Umwelteffekte

Damit hat das Verbot, das vornehmlich auf den Schutz von fliegenden Insekten abzielt, aber auch unerwünschte Auswirkungen auf den Boden, die Bodenfruchtbarkeit und das Bodenleben mit Käfern, Mikroorganismen, Regenwürmern und vielen anderen Bodenbewohnern. Denn bodenschonende Anbauverfahren ohne Pflug wären dann nicht mehr möglich, so die Kritik der Landwirte. „Für ein bodenschonendes Mulch- oder Direktsaatverfahren ist Glyphosat ein unverzichtbares Tool. Eine echte Alternative zu Mulchsaatverfahren gibt es nicht. Sonst wird der Pflug wieder vermehrt zum Einsatz kommen – mit höherem Energie- und Zeitaufwand und gerade in Trockengebieten mit zusätzlichem Wasserverlust“, erklärt Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes gegenüber der agrarteilung (az). Wenn Böden intensiver mechanisch zur Unkrautbekämpfung bearbeitet werden müssen, hätte dies Landwirten und auch Vertretern der Pflanzenschutzanbieter zufolge ebenfalls negative Effekte für den Erosionsschutz und den Humusaufbau.

Anbaustruktur wird sich verändern

„Ein Verbot wäre ein absoluter Rückschritt für eine nachhaltige Landwirtschaft. Das System der konservierenden Bodenbearbeitung müsste komplett überdacht werden“, erklärt Adama-Geschäftsführer Frank Gemmer. Es hätte aber auch Folgen für die Fruchtfolge, ist Nufarm-Geschäftsführer Dr. Benedikt Cramer überzeugt: „Ein Verbot wird den Anbau bestimmter Kulturen in Deutschland unrentabel machen.“ Der Anbau von Gerste und Silomais wäre in vielen Fällen defizitär. Dies würde einen weiteren Verlust von Fruchtfolgegliedern bedeuten und den Anbau von Zwischenfrüchten zum Erosionsschutz drastisch reduzieren, warnt Cramer. Im Wein- und Obstbau müsste mit Verlusten von bis zu 220 € pro Hektar gerechnet werden.

Für die Industrieunternehmen hingegen hätte ein Verbot in Deutschland so gut wie keine wirtschaftlichen Einbußen zur Folge, wie eine Umfrage der agrarteilung ergab. Für viele Anbieter sind diese günstigen Glyphosat-Produkte keine Umsatzträger. Neben Bayer haben auch Adama, BASF, Belchim, Nufarm und Syngenta glyphosat-haltige Produkte im Programm. Laut Belchim, das nur im Obst- und Weinbau Fertigmischungen mit anderen Wirkstoffen anbietet, beträgt der Anteil unter 1 Prozent. Bayer beziffert den prozentualen Umsatzanteil von Glyphosat in Deutschland auf unter 5 Prozent. Dennoch strebt Bayer eine Wiedezulassung in Europa an.

Aber das politische Signal für ein Glyphosat-Verbot in Deutschland ist gesetzt. So forschen alle Anbieter an Alternativen sowohl im Segment der chemischen als auch der biologischen Pflanzenschutzmittel.

Bayer will in den kommenden zehn Jahren rund 5 Mrd. € in zusätzliche Methoden zur Unkrautbekämpfung investieren. Auch die Bundesregierung will die Entwicklung alternativer Verfahren jährlich mit rund 100 Mio. € pro Jahr fördern. Wirtschaftliche Folgen spürt die Pflanzenschutzindustrie